

F 57291

Feb. 1967

Schein 6

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ



Mittwoch, 1. Februar 1967

Blatt 323

Professor Gusinde erhält Ehrenring der Stadt Wien  
=====

1. Februar (RK) Der Wiener Gemeinderat hat dem bekannten Ethnologen und Naturforscher emerit. Univ.-Prof. Dr. Martin Gusinde anlässlich der Vollendung seines 80. Lebensjahres in Würdigung seiner außerordentlichen wissenschaftlichen Leistungen den Ehrenring der Stadt Wien verliehen. Kommenden Mittwoch, den 8. Februar, um 11 Uhr, wird Bürgermeister Bruno Marek im Rahmen einer Feierstunde im Stadtsenatssaal des Wiener Rathauses dem Wissenschaftler diese hohe Auszeichnung überreichen.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Fotoreporter zu dieser Überreichungsfeier zu entsenden. Zugang zum Stadtsenatssaal: 1, Lichtenfelsgasse 2, Feststiege I. Es wird gebeten, die Plätze bis 10.50 Uhr einzunehmen.

- - -

Vorverkauf und Rückkauf bei den Verkehrsbetrieben  
=====

Eine Klarstellung

1. Februar (RK) In letzter Zeit wurde wiederholt in der Öffentlichkeit die Frage des Rückkaufes von Vorverkaufsfahrscheinern und Wertmarken der Wiener Verkehrsbetriebe aufgeworfen. Zur Klarstellung der sich dabei ergebenden Fragen hat der Amtsführende Stadtrat für die Städtischen Unternehmungen, Dr. Maria Schaumayer, der "Rathaus-Korrespondenz" folgende Darstellung übermittelt.

Die Vorverkaufsfahrscheinere haben keine Gültigkeitsbeschränkung mehr, sodaß sie jederzeit benützt werden können und damit kein Rückkauf notwendig ist.

Bei den Halbjahresnetzkarten, bei den Monatsnetzkarten und bei den Monatsstreckenkarten hat sich in den Rückkaufmodalitäten nichts geändert. In den "Tarifbestimmungen", die für die Verkehrsbetriebe gelten, heißt es dazu: "Ist die Benützbarekeit einer Zeitkarte infolge unvorhergesehener Ereignisse (Unfall, Krankheit oder Tod) während der restlichen Laufzeit unmöglich, so kann die Karte bei sofortiger Rückgabe und Beibringung der entsprechenden Bestätigung bis einschließlich 20. des Gültigkeitsmonates rückgekauft werden. Die Vergütung wird hiebei berechnet, indem vom vollen Kartenpreis für jeden Benützungstag (als letzter Benützungstag gilt der Tag der Rückgabe der Karte) bis einschließlich 11. des Gültigkeitsmonates ein Fünfzehntel, darüber hinaus bis zum 20. des Monates der Laufzeit ein Dreißigstel abgezogen wird. Bei Rückkauf von Halbjahresnetzkarten werden jedoch für die bereits abgelaufene Zeit die Tagesquoten der Monatsnetzkarte in Anrechnung gebracht.

Für die Wochenstreckenkarten soll folgende Regelung getroffen werden: Wertmarken für alle Arten von Wochenstreckenkarten, deren Gültigkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt beginnt, werden bis vor Beginn der Gültigkeit zum vollen Preis zurückgekauft. Der Rückkauf kann von Montag bis Freitag in den Dienststellen der Verkehrsbetriebe (Rahlgasse und Beschwerdebüro), aber auch auf postalischem Wege bis einschließlich Sonntag

24 Uhr erfolgen, nachdem auch an Samstagen und Sonntagen die Briefkasten ausgehoben werden; maßgebend ist hierbei das Datum des Poststempels. Die Rückvergütung würde bei postalischer Behandlung wunschgemäß entweder in Gold oder in Vorverkaufsfahrscheinern etc., unter Abzug des Briefportos wie bisher erfolgen.

Wertmarken für alle Arten von Wochenstreckenkarten der laufenden Woche werden nur bei Nachweis von Krankheit, Tod oder Unfall zurückgekauft.

Als Nachweis für die Erkrankung bzw. für den Krankenstand gelten: Bestätigung des behandelnden Arztes oder eines Amtsarztes, Bestätigung eines Krankenhauses, Bestätigung einer Krankenkassa, Bestätigung einer staatlichen oder städtischen Dienststelle etc.

Für den Rückersatz des Preises der Wertmarke ist der Tag der Krankmeldung maßgebend, wobei angenommen wird, daß an diesem Tag die Wochenstreckenkarte nicht benutzt wurde. Nach den schon zitierten "Tarifbestimmungen" werden dabei für alle vor der Krankmeldung liegenden Tage der Woche jeweils zwei Fahrten zum Preis des Tagesfahrtscheines, insgesamt also 10 Schilling pro Tag, abgezogen.

Diese Regelung gilt sowohl für persönliche Vorsprachen in der Dienststelle der Verkehrsbetriebe (Rahlgasse und Beschwerdebüro) als auch für postalische Einsendungen, wobei bei einer Zusendung des Restbetrages durch die Post das Porto hierfür wie bisher in Abzug gebracht wird.

Durch diese Regelung ist es möglich, die Refundierung des Preises von Wertmarken für alle Arten von Wochenstreckenkarten auch nach Ablauf der Gültigkeitsdauer der Wertmarke bzw. bei verspäteter Einreichung vorzunehmen.

- - -

Neue Vorrichtung verbessert Fahrkomfort auf der Straßenbahn  
=====

1. Februar (RK) Die Wiener Verkehrsbetriebe haben seit geraumer Zeit eine Vorrichtung in Verwendung, die nach zufriedenstellender Erprobung nunmehr in gesamten Wagenpark Verbreitung finden soll. Es ist dies eine als "Spannkuppelleisen" bezeichnete keilförmige Riesenbeilagscheibe, die zwischen die Kupplungspuffer gespannt, das oft als lästig empfundene Rucken beim Anfahren bzw. Bremsen der Züge verhindert. Es handelt sich dabei um eine in der Hauptwerkstätte der Verkehrsbetriebe entwickelte Vorrichtung.

- - -

Biomüll: Abtragsfrist verlängert  
=====

1. Februar (RK) Die Erzeugungsanlagen der Biomüll Ges.m.b.H. auf den Laaer Berg, 10, Bitterlichstraße, in denen seit mehr als zehn Jahren wertvoller Müllkompost hergestellt wird, müssen bekanntlich auf Grund eines Bescheides der Baubehörde abgebrochen werden. In Simmering wird für diese Firma ein neues Werk errichtet. Um wirtschaftliche Härten durch eine Unterbrechung der Produktion zu vermeiden, hat nun die Baupolizei einem Ansuchen der Biomüll Ges.m.b.H. um Verlängerung der Abtragsfrist entsprochen. Der mit Februar 1967 befristete Abbruchbescheid wurde um sechs Monate verlängert, da das neue Werk in Simmering erst im Sommer dieses Jahres fertiggestellt sein wird.

- - -

80. Geburtstag von Hermann Suida  
=====

1. Februar (RK) Am 3. Februar feiert der Chemiker Hochschulprofessor i.R. Dipl.-Ing. Dr.techn.Dr.phil. Hermann Suida seinen 80. Geburtstag.

Er wurde in Wien geboren, wo er an der Universität und an der Technischen Hochschule die Fachstudien absolvierte. 1914 erfolgte seine Habilitierung. 1947 ging er in Pension. Seine speziellen Arbeitsgebiete waren die organische Chemie, die angewandte Chemie und die Verfahrenstechnik. Suida veröffentlichte in Verlauf seiner akademischen Lehr- und Forschungstätigkeit zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, die ihn weit über Österreich hinaus bekannt gemacht haben.

- - -

Neues Landesgesetzblatt  
=====

1. Februar (RK) Das soeben erschienene neue "Landesgesetzblatt für Wien" enthält eine Kundmachung des Amtes der Wiener Landesregierung über die Neufestsetzung der Pflegegebühren für die Wiener städtischen Krankenanstalten. Ferner ist in dem Landesgesetzblatt eine Verordnung der Wiener Landesregierung enthalten, wonach die Bundesanstalt für experimentell-pharmakologische und balneologische Untersuchungen mit der Durchführung von Analysen und Verfassung von Gutachten über Indikationen und therapeutische Anwendungsformen von Heilvorkommen betraut wird.

Das Landesgesetzblatt für Wien ist im Drucksortenverlag der Städtischen Hauptkasse, 1, Rathaus, Stiege 9, Hochparterre, und in der Verkaufsstelle der Österreichischen Staatsdruckerei - Wiener Zeitung, 1, Wollzeile 27 a, gegen Erlag von 70 Groschen erhältlich.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten  
=====

1. Februar (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Chinakohl 4 S, Karotten 4 bis 6 S, Weißkraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel 5 bis 6 S, Birnen 6 S, Orangen 4 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Gesperrt bis 19 Uhr!

Die Ausstrahlung Wiens als Welt- und Kulturstadt  
=====

Vgm. Dr. Drimmel sprach im Internationalen Studentenheim Döbling

1. Februar (RK) Heute abend hielt Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel vor den Bewohnern des Internationalen Studentenheimes der Stadt Wien in Döbling einen Vortrag unter dem Titel "Die Ausstrahlung Wiens als Welt- und Kulturstadt" über die Geschichte, die gegenwärtige Situation und die Zukunftschancen Wiens. Er beleuchtete die schwierige Situation, in der die ehemals glanzvolle Reichshaupt- und Residenzstadt nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie gekommen war und zeigte, wie die innerpolitische Entwicklung die Gefahr eines sich Auseinanderlebens der Bundeshauptstadt und der übrigen Bundesländer mit sich brachte. Er verwies auf das Beispiel Belgien, das trotz dem Verlust seines Kolonialbesitzes verstanden hat, zu einem wichtigen europäischen Zentrum zu werden. Die Entwicklung von Brüssel und Amsterdam/Rotterdam hat sichtbar gemacht, daß der Verlust der staatlichen Großmachtstellung nicht den Abstieg der Landeshauptstadt in den Provinzialismus zur Folge haben muß.

Vizebürgermeister Dr. Drimmel beschäftigte sich sodann mit den Funktionen und dem Funktionieren einer Weltstadt. Eine Großstadt wird zur Weltstadt, indem sie eine bestimmte übernationale und überregionale Funktion von einem gewissen Weltrang erfüllt. Diese Möglichkeiten muß sich auch Wien zunutze machen. Das städtebauliche Konzept muß sich nach einem Leitbild richten, das diesen Funktionen entspricht. Geltungsdrang oder Nationalprestige sind allein kein Ersatz für eine fehlende weltstädtische Funktion.

Gefährliche Lage als Chance

Österreich ist seit 1955 der einzige Punkt der Erdoberfläche, an dem die Blöcke in Ost und West so viel Raum freigegeben haben, daß anstatt eines zweigeteilten Landes die ursprüngliche nationale Einheit wieder entstehen konnte.

Österreich darf deshalb aber keinen Januskopf bekommen. Die Funktion Wiens ist eine Funktion von weltweiter Bedeutung in einem bestimmten Schnittbereich dieser zweigeteilten Welt. Dazu gehört eine fest umrissene Ansicht von geistigen, sozialen, wirtschaftlichen und staatlichen Dingen, die keine Handelsware im Kompromiß der Verschiedenheiten ist. Österreich muß sich als Teil der europäischen Mitte fühlen, deren nicht unwesentlicher Bestandteil es ist.

Auch Wien braucht einen neuen Realismus, der die Möglichkeiten im Völkerleben richtig abschätzt.

Das "wohltemperierte Klima" genügt nicht. Es bedarf der Institutionen, in denen jenseits der Mythen und Ideologien die sachlichen Kontraste in den Ost-West-Beziehungen erfaßt werden können, damit nicht der Berg der ungelösten Differenzen unübersehbar wird. Die UNESCO zum Beispiel, die Organisation der UNO für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, hat bereits anfangs der 60er-Jahr mit der Errichtung einer ihrer Institutionen in Wien begonnen, die sich vor allem mit der Erfassung der verschiedenen wirtschaftlichen Gegebenheiten in Ost und West beschäftigen soll.

Die Ford-Stiftung, die zusammen mit der österreichischen Bundesregierung und der Stadt Wien hier ein Institut unterhält, drängt die Österreicher energisch, die soziologischen und ökonomischen wissenschaftlichen Bestrebungen dieses Institutes in den Dienst dieser Ost-West-Konfrontation zu stellen.

Internationale Kongresse, aus Ost und West beschickt, sind schon die Regel in Wien; das Wiener Europa-Gespräch könnte sich in diesen Rang aufschwingen; und es müßte nicht bei der einmaligen Kennedy-Chruschtschew-Begegnung in Wien bleiben.

Bei allem Respekt vor unseren Landaleute in den Bundesländern, dürfen wir Wiener doch eines für uns in Anspruch nehmen: Europäisch haben zuerst und zuletzt immer die Wiener gedacht, auch dann, als sie dafür schwere Opfer zu bringen hatten und der Nationalstaat der Weisheit letzter Schluß in der Staatskunst zu sein schien.



Wenn die Wiener europäisch zu denken verstehen - und sie verstehen ein wenig davon - dann heißt das für sie, daß auch ihr österreichisches Denken nicht bei Hadersdorf-Neudlingau halt machen sollte. Jeder Wiener weiß, daß es kein Zukunftskonzept für seine Stadt geben kann, das nicht die gute und geordnete Nachbarschaft zu Niederösterreich, dessen Hauptstadt Wien durch 800 Jahre gewesen ist, in Rechnung stellt.

In der Zeit, in der ein starker Wind große Erwartungen und Hoffnungen unseres Landes nach dem Westen hin trägt, dürfen wir nicht versäumen, auch einen Beitrag dazu zu leisten, daß unsere Stadt hier im Osten, und das ganze Land in der Mitte Europas auf zwei Beinen stehen bleibt; auf dem Platz, den der Staatsvertrag von 1955 und die Erklärung der immerwährenden Neutralität zuletzt gültig umrissen haben.

- - -

Standortstudie für Internationales Zentrum dem Bautenministeriumüberreicht

1. Februar (RK) Die Stadt Wien hat heute im Bautenministerium eine Standortstudie überreicht, in der die Möglichkeiten für die Schaffung des zwischen Finanzminister Dr. Schmitz und Vizebürgermeister Slavik besprochenen Zentrums für internationale Organisationen dargestellt werden. Die von der Wiener Stadtplanung fertiggestellte und mit zahlreichen Unterlagen versehene Arbeit weist darauf hin, daß das in Aussicht genommene Gelände zwischen Donaupark und Wagramer Straße allen Anforderungen, die an ein derartiges Internationales Zentrum gestellt werden könnten, erfüllt. Es liegt an einer der wichtigsten, direkt zur Stadtmitte führenden Radialstraßen beziehungsweise an der leistungsfähigen Tangentiale der Hubertusdammstraße, die als "Verteilerschiene" wirkt, um über die anderen Donaubrücken jeden beliebigen Teil der Stadt rasch erreichen zu können. Durch die Hubertusdammstraße ist auch ein Anschluß an das Wiener Stadtautobahn- und Schnellstraßennetz gegeben. Vier Straßenbahnlinien führen von der City zu dem Gelände, wobei die Nähe der Schnellbahnstation Praterstern ebenfalls sehr vorteilhaft ist. Im geplanten Netz der U-Bahn wird das Internationale Zentrum direkt an der wichtigsten Durchmesserlinie U-1 liegen.

Auch landschaftlich ist das Gelände außerordentlich begünstigt. Von hier bietet sich eine großartige Aussicht auf Uferfront und Silhouette der Stadt Wien sowie auf die Hügelkette des Wienerwaldes. Es sind auch ausreichende Erweiterungsflächen vorhanden, um Baulichkeiten, die im Gefolge des internationalen Zentrums nötig werden sollten, errichten zu können.

Die Studie weist auch darauf hin, daß den Mitarbeitern der internationalen Organisationen in Wien eine Reihe wichtiger Einrichtungen zur Verfügung stehen. Wien ist bekanntlich Sitz von acht Hochschulen beziehungsweise Akademien, die über wertvolle Forschungseinrichtungen, Laboratorien und Fachbibliotheken verfügen. An ihnen wirken weltbekannte Wissenschaftler, die den internationalen Organisationen mit ihrem Fachwissen beratend

zur Seite stehen können. Außerdem gibt es namhafte Bibliotheken, wie die Österreichische Nationalbibliothek und andere.

Die Leistungsfähigkeit der Wiener Hotellerie, das Vorhandensein von ausgezeichneten internationalen Schulen und aller anderen wünschenswerten öffentlichen Einrichtungen sprechen ebenfalls für den vorgeschlagenen Standort des Internationalen Zentrums.

Das Areal bietet Spielraum für alle nur denkbaren Anordnungen der einzelnen Baugruppen zueinander und läßt sich mit der reizvollen Aulandschaft so verbinden, daß die Gebäude nicht nur von den Straßen durch einen breiten Grünstreifen getrennt, sondern auch mitten in eine Parklandschaft eingebettet sind. Die Flächen sind groß genug, um allenfalls eine eigene Sportanlage, eigene Grünflächen, Gästehäuser usw. errichten zu können. Der Freizeitgestaltung bieten sich in allernächster Nähe Möglichkeiten zum Schwimmen, Segeln, Rudern, Reiten, Eislaufen und dergleichen.

Die Studie geht schließlich auch auf die Grundbesitzverhältnisse ein und betont, daß die für das Zentrum vorgesehenen Flächen zur Gänze im Eigentum der Stadt Wien sind und auch schon von Pächtern fast völlig freigemacht wurden. Dies gilt auch für den großen Teil der angrenzenden Erweiterungsflächen. Anschlußmöglichkeiten an das Gas-, Wasser-, Kanal- und Stromnetz sind durch die Wagramer Straße hinreichend gegeben.

- - -

Siebente U-Bahn-Diskussion:Kontakte mit dem Bund, Verbindung mit Niederösterreich  
=====

1. Februar (RK) Bei den heutigen siebenten U-Bahn-Gesprächen unter der Leitung von Stadtbaudirektor Dipl.-Ing. Dr. Koller und Stadtwerke-Generaldirektor Dr. Reisinger diskutierten Vertreter des Bautenministeriums und der Niederösterreichischen Landesregierung, unter ihnen Landesbaudirektor Hofrat Dr. Müller, mit den Fachleuten des Wiener Bauamtes und der Verkehrsbetriebe.

Ein Vertreter des Bautenministeriums schlug vor, eine Kontaktstelle einzurichten, um Probleme im Zusammenhang mit dem U-Bahn-Bau besprechen zu können, die sich zwischen der Gemeinde Wien und dem Bund als Grundeigentümer in Wien ergeben werden. Vor allem sollte dies zur Klärung von Standortfragen für wichtige öffentliche Gebäude, die der Bund geplant hat, beitragen, so zum Beispiel für die Projekte im Zusammenhang mit Neubauten für die Universität, die Nationalbibliothek und andere. Im Verlauf der Diskussion wurde in diesem Zusammenhang auch die vom Bund geplante Verbauung der Aspengründe auf dem Gürtel (neue Institute der Technischen Hochschule) und auf der Schmelz (neue Institute der Universität) genannt.

Stadtbaudirektor Dr. Koller betonte die Bereitschaft der Stadt Wien zu solchen engen Kontakten mit dem Bautenministerium und nannte die Bauamtsdirektion als die geeignete Kontaktstelle. Er bemängelte jedoch, daß die Unterlagen für die Bundesprojekte sehr spät in der Baudirektion einlangen. So habe er zum Beispiel die umfangreichen Planunterlagen für die neuen Universitätsbauten auf den Gründen des Allgemeinen Krankenhauses erst zu Beginn der heutigen Diskussion erhalten. Architekt Conditt (Stadtplanung) urgierte auch die Bekanntgabe der Termine für den Baubeginn auf den Aspengründen und auf der Schmelz. Der Stadtbaudirektor versicherte nochmals, daß die Stadtverwaltung die Lösung aller offenen Fragen in engstem Kontakt mit dem Bautenministerium erarbeiten wolle. Auch die Vertreter des Bautenministeriums betonten ihren Willen zur Zusammenarbeit.

Auf die Frage, ob durch den U-Bahn-Bau Interessen des Autobahnbaues in Wien berührt würden, betonte der Stadtbaudirektor, daß hier keinerlei Konfliktstellen vorhanden seien. An einer einzigen Stelle hat zunächst ein Kontaktpunkt bestanden, nämlich bei der vierten Donaubrücke. Bekanntlich ist nunmehr jedoch eine eigene Brücke für die U-Bahn vorgesehen.

Der Stadtbaudirektor kam sodann auf das große Problem der Unterführung der Altmannsdorfer Straße zu sprechen. Er ersuchte Hofrat Dipl.-Ing. Fally vom Bautenministerium, in dieser Frage Kontakte mit den Österreichischen Bundesbahnen aufzunehmen. Hofrat Fally sagte eine Prüfung dieser Angelegenheit zu.

Die Vertreter der Niederösterreichischen Landesregierung betonten, daß Niederösterreich vor allem an günstigen Anschlußmöglichkeiten an die künftige U-Bahn interessiert sei. Stadtbaudirektor Dr. Koller betonte, die Stadt werde alles tun, um Wien und sein Unland verkehrsmäßig miteinander zu verbinden. Da jedoch in erster Linie ein Ausbau der Schnellbahn dafür wichtig wäre, bedauerte es der Stadtbaudirektor, daß die Bundesbahnen ihr Schnellbahnbauprogramm bereits als abgeschlossen ansehen. Wie in der gestrigen Diskussion mit Vertretern der Bundesbahnen festgestellt worden sei, würden neue Schnellbahnstrecken nur dann gebaut werden können, wenn die Stadt Wien die Finanzierung übernehme.

Auf die Frage von Landesbaudirektor Hofrat Dr. Müller, ob genügend Parkplätze für den Zubringerverkehr an den Endstellen am Stadtrand vorgesehen seien, stellte Oberbaurat Dipl.-Ing. Engelberger (Stadtplanung) fest, dies sei bei der Planung berücksichtigt worden. Allerdings müsse auch die Erreichbarkeit dieser Parkplätze garantiert sein; es wäre also ein Ausbau der Zubringerstraßen notwendig. Dies umso mehr, als Niederösterreich ja berechtigtes Interesse am Wiener U-Bahn-Netz habe.